

10 Thesen zur Energiewendepolitik 2017

Schluss mit dem modernen Ablasshandel, unter der Vorgabe, angeblich das Weltklima retten zu wollen. Aus Liebe zur Wahrheit und im Bestreben, sie noch rechtzeitig ans Licht zu bringen (... Luther 1517), sollten von allen Volksvertretern des Bundestages, der Landtage und der Öffentlichkeit folgende Thesen bezüglich der Energiewende unverzüglich diskutiert werden. Ihr Politiker kennt die Fakten und wisst sehr wohl um die Folgen Eurer Energiepolitik - tut endlich was Vernünftiges!

1. Die Energieversorgung einer Industriegesellschaft kann nur basierend auf physikalischen, ökonomischen und ökologischen Grundsätzen funktionieren und nicht auf politisch verordneter Ideologie und Wunschdenken.

2. Kein noch so großes Windfeld kann bei Flaute auch nur einen einzigen Haushalt versorgen, geschweige denn tausende, wie immer wieder suggeriert wird. Eine Energiewende mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen ist ohne Speicher nicht realisierbar und mit Speicher nicht bezahlbar. Windkraft- und Photovoltaikanlagen ersetzen also keine konventionellen Kraftwerke.
3. Der Ressourcen- und Flächenverbrauch für Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie der notwendigen nachgelagerten Infrastruktur ist gigantisch. Die Entsorgung von tausenden Windkraftanlagen einschließlich deren Fundamente wird zum gravierenden Umweltproblem. Speziell die Rotorblätter sind Sondermüll, dessen Entsorgung nicht geklärt ist und nicht selten ins Ausland „delegiert“ wird. Die Installation von tausenden Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen und den dazugehörenden Hochspannungsleitungen ist insbesondere in Anbetracht ihres bescheidenen Beitrags zur Energieerzeugung definitiv nicht nachhaltig.
4. Strom muss für alle – auch die Ärmsten in unserer Gesellschaft – bezahlbar sein. Das wird nur gelingen, wenn die garantierte Einspeisevergütung (EEG), die bei Überkapazitäten auch für nicht eingespeisten Strom an die Betreiber von

Windkraftanlagen gezahlt wird, abgeschafft wird. Ein Abwandern von Betrieben ins Ausland aufgrund zu hoher Energiekosten muss gestoppt werden.

5. Privilegien der Windindustrie im Baurecht (§35 BauGB) führen zur faktischen Entrechtung von Bürgern und Kommunen, schaden dem gesellschaftlichen Miteinander, gefährden unsere Demokratie und sind daher abzuschaffen. Die Menschen in den ländlichen Regionen brauchen mehr Mitbestimmung darüber, was in ihrem Lebensraum geschieht.
6. Der weitere Zubau von unzuverlässigen Windkraftanlagen gefährdet zunehmend die Stabilität des Stromnetzes und macht einen Blackout immer wahrscheinlicher. Die Stromnetze unserer Nachbarländer werden bereits jetzt durch witterungsbedingte Schwankungen massiv gestört, so dass bereits Strom-Sperren eingebaut werden mussten.
7. Windkraftanlagen töten Vögel und Fledermäuse und gefährden den Bestand nicht nur geschützter Arten. Das im Naturschutzgesetz §44 festgelegte Tötungsverbot muss auch

bei dem Ausbau der Windkraft gelten. Das 5. Gebot „Du sollst nicht töten“ gilt auch für den Betrieb von Windkraftanlagen.

8. Wald als Lebensgrundlage für alle Geschöpfe auf der Erde sowie Landschaft als nicht erneuerbares Kulturgut sind Schutzgüter mit höchster Priorität. Weder der Wald als einzigartiges Ökosystem noch die Landschaft, dazu zählen auch die Küstenlandschaften, dürfen durch Windkraftanlagen industriell überprägt werden. Mensch und Tier verlieren Rückzugs- und Erholungsräume. Der positive Einfluss intakter Natur- und Landschaftsräume auf die Gesundheit der Menschen darf nicht weiter hinten an gestellt werden.
9. Lärm- und Infraschallemissionen der Windkraftanlagen beeinträchtigen schwerwiegend die Gesundheit vieler Anwohner. Die neuen Höhen (aktuell 240m) der Anlagen werden in den Prognosen der Schallausbreitung nicht berücksichtigt. Das Grundrecht der Bürger auf Unversehrtheit darf nicht durch eine verfehlte Energiepolitik ausgehebelt werden.

10. In Anbetracht des winzigen, lediglich rechnerischen Beitrags der Windkraft von ca. 2-3% an der gesamten Energieversorgung, der aktuellen Kosten von jährlich 25 Mrd.€ sowie der enormen Folgekosten, kann im Zusammenhang mit Windkraftnutzung von „Daseinsvorsorge“ keine Rede sein. Im Gegenteil: Die stetig anwachsenden „Kollateralschäden“ für Mensch und Natur treten immer deutlicher zutage und sind nicht länger hinnehmbar. Angesichts dessen stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines immer weiter forcierten Ausbaus immer drängender.

Im Namen der Vernunft fordern wir eine wissens- und faktenbasierte Politik.

Eine Politik der Mythen und Ideologien zerstört nachhaltig unsere natürlichen Lebensgrundlagen, riskiert unseren Wohlstand und den künftiger Generationen.

Haltet ein und denkt nach!

VG „Rettet Brandenburg“

Potsdam, den 24. Mai 2017